



Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt
An der Fliederwegkaserne 13 • 06130 Halle (Saale)

Neptune Energy Deutschland GmbH
Ahrensburger Straße 1
30659 Hannover

Landesamt für
Geologie und Bergwesen

**Erlaubnis zur Aufsuchung
von bergfreien Bodenschätzen gemäß § 7 Bundesberggesetz
(BBergG) zu gewerblichen Zwecken
Antrag vom 03.08.2023**

Ihr Zeichen:

14.08.2024
14-34231-704/3/17352/2024

Yvonne Rappsilber
Durchwahl +49 345 13197-272
Yvonne.Rappsilber@sachsen-
anhalt.de

Sehr geehrte Damen und Herren,

nach Prüfung Ihres Antrages vom 03.08.2023 ergeht durch das Landesamt
für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB) folgende

Entscheidung

1. Die Erlaubnis Nr.: **I-B-c-403/24**
im Erlaubnisfeld **Milde C-L**
wird für die Aufsuchung des bergfreien Bodenschatzes

- Lithium -

für gewerbliche Zwecke erteilt.

2. Das Erlaubnisfeld wird entsprechend der beigefügten Karte und den dort
eingetragenen Feldeseckpunkten festgelegt.
3. Die Erlaubnis ist für 5 Jahre bis zum **31.08.2029** befristet.

An der Fliederwegkaserne 13
06130 Halle (Saale)
Telefon (0345) 13197 - 0
Telefax (0345) 13197 - 190
www.lagb.sachsen-anhalt.de
poststelle.lagb@sachsen-anhalt.de

4. Nach Abschluss der gesamten Aufsuchungsarbeiten ist ein Bericht über den Stand der Aufsuchungsarbeiten zu erstellen und in dem LAGB vorzulegen. Zu der Berichterstattung gehört auch die Vorlage von entsprechenden Karten und Ergebnisdarstellungen.
5. Diese Entscheidung ist gebührenpflichtig. Die Kosten des Verfahrens hat die Neptune Energy Deutschland GmbH zu tragen.

Begründung

I.

Die Neptune Energy Deutschland GmbH, Ahrensburger Straße 1 in 30659 Hannover (nachfolgend Antragstellerin genannt) ist Eigentümerin mehrerer Bergwerkseigentume die zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen verliehen worden. Sie betreibt seit Jahren im Land Sachsen-Anhalt Gasgewinnung, unter anderem im Gebiet des Bergwerkseigentums Nr.: III-A-a/h-49/90/847- Struktur Altmark/außer Salzstock Peckensen zur Gewinnung von Kohlenwasserstoffen und ist Inhaberin der Bewilligungen Nrn.: II-B-c-335/24-Jeetze - L und II-B-336/24-Jeetze - E.

Die Antragstellerin verfügt über jahrzehntelange Erfahrung durch die Erdgasproduktion in der Altmark und besitzt daher einen entsprechenden Wissensstand über die Tiefenwässer.

Die Antragstellerin begründet den Antrag damit, dass Im Rahmen der Erarbeitung des Bewilligungsantrages für das Feld „Jeetze-L“ das geologische Potential der nordöstlich gelegenen Feldesbereiche bewertet wurde. Dabei haben sich deutliche Anzeichen auf den Bodenschatz Lithium aufgezeigt, dessen Vorhandensein und Potential unter dieser Erlaubnis weiter verifiziert werden soll.

Daher beantragte die Antragstellerin mit Datum vom 03.08.2023 beim LAGB die Erteilung einer Erlaubnis zur Aufsuchung der bergfreien Bodenschätze „Lithium“ für das Erlaubnisfeld „Milde C-L“.

Im Rahmen der Erlaubnis soll der entsprechende Nachweis eines wirtschaftlich verwertbaren und erschließbaren Lithiumvorkommens im gesamten Erlaubnisgebiet erbracht werden, um im Erfolgsfall eine zielgerichtete Erschließung und Ausförderung der Vorkommen im Zuge einer Bewilligung durchzuführen.

Das Erlaubnisfeld liegt in den Landkreisen Stendal und Altmarkkreis Salzwedel und grenzt im nordwestlich an das Bundesland Niedersachsen an. Die Landesgrenze zwischen Sachsen-Anhalt und Niedersachsen stellt die nordwestliche Feldesgrenze der Erlaubnis dar.

Nach Berücksichtigung der Projektionsverzerrung (abgerundet auf volle 100 m² gemäß UnterlagenBergV) hat das beantragte Erlaubnisfeld eine Feldesgröße von 648.798.000 m².

Der Antrag wurde von der Antragstellerin mit den entsprechenden Unterlagen eingereicht. Die Aufsuchung soll über einen Zeitraum von 5 Jahren in mehreren Abschnitten erfolgen, die in dem vorgelegten Arbeitsprogramm beschrieben sind.

Im Verfahren nach § 15 BBergG wurden als Träger öffentlicher Belange das Landesverwaltungsamt Sachsen – Anhalt, der Altmarkkreis Salzwedel, der Landkreis Stendal, die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark, das Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung Altmark sowie das Ministerium für Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Sachsen – Anhalt beteiligt. Innerhalb des LAGB wurden das Fachdezernat 12 (Untertagebergbau) sowie das Fachdezernat 23 (Lagerstätten- und Rohstoffgeologie) beteiligt.

Die Stellungnahmen der Beteiligten sind bei dem LAGB eingegangen und wurden ausgewertet. Die Erfordernisse, Hinweise und Anregungen der beteiligten Behörden wurden zur Kenntnis genommen und nach sorgfältiger Auswertung und Abwägung bei der Entscheidung berücksichtigt.

II.

Die für die Erteilung einer Erlaubnis nach § 7 BBergG zuständige Behörde i.S. d. § 142 BBergG ist das Landesamt für Geologie und Bergwesen Sachsen-Anhalt (LAGB).

Der nach § 10 BBergG erforderliche schriftliche Antrag wurde am 03.08.2023 beim LAGB eingereicht. Die Antragsunterlagen wurden von dem gemäß des Amtsgerichtes Hannover HRB 222111 eingetragenen Geschäftsführer Herrn Dr. Andreas Scheck sowie dem Prokuristen Herrn Frank Barenkamp unterzeichnet.

Das nach § 15 BBergG vorgeschriebene behördliche Beteiligungsverfahren wurde durchgeführt. Nachfolgend aufgeführte Träger öffentlicher Belange wurden beteiligt und haben eine Stellungnahme abgegeben:

- das Landesverwaltungsamt Sachsen-Anhalt,
- der Altmarkkreis Salzwedel,
- der Landkreis Stendal,
- die Regionale Planungsgemeinschaft Altmark,
- das Amt für Landwirtschaft und Flurneuordnung Altmark sowie
- das Ministerium für Infrastruktur und Digitalisierung des Landes Sachsen – Anhalt.

Innerhalb des LAGB wurden die Dezernate D 12 (Untertagebergbau) und D 23 (Lagerstätten- und Rohstoffgeologie) beteiligt.

Es wurden die vorgebrachten Gesichtspunkte und Argumente der Träger öffentlicher Belange

geprüft und in einem Abwägungsverfahren bewertet.

zu 1.)

Die Erlaubnis Nr.: I-B-c/d-403/24 im Erlaubnisfeld „Milde C-L“ wird nach § 7 i. V. m. § 11 BBergG erteilt, da die in § 11 Nrn. 1-10 BBergG abschließend fixierten Versagungsgründe nicht vorlagen. Gemäß § 7 BBergG ist eine Erlaubnis für ein bestimmtes Feld zu erteilen, wenn keine Versagungsgründe nach § 11 Nrn. 1-10 BBergG gegeben sind. Ein Ermessen bei der Erteilung einer Erlaubnis ist der Behörde nicht eingeräumt, da es sich hier um eine gebundene Entscheidung handelt.

Die Bodenschätze, die aufgesucht werden sollen, wurden gemäß § 11 Nr. 1 BBergG hinreichend genau bezeichnet. Es handelt sich hierbei um den im § 3 Abs. 3 Nr. 3 BBergG aufgeführten bergfreien Bodenschatz „Lithium“.

Das Feld, in dem aufgesucht werden soll, ist gemäß § 11 Nr. 2 BBergG in einer Karte in einem geeigneten Maßstab gemäß der UnterlagenBergV eingetragen und entspricht den Anforderungen des § 4 Abs. 7 BBergG. Die Karte wurde von Herrn Rohr am 13.04.2023 gefertigt und abgezeichnet.

Das gemäß § 11 Satz 1 Nr. 3 BBergG geforderte Arbeitsprogramm wurde vorgelegt. Dieses sieht ein mehrstufiges Explorationsprogramm vor, welches nach Einschätzung des LAGB nach Art, Umfang und Zweck ausreichend ist, um die aufzusuchenden Bodenschätze in einem angemessenen Zeitraum zu erkunden.

Gemäß dem Arbeitsprogramm soll das Explorationsvorhaben in 5 Jahren und mehreren Abschnitten durchgeführt werden. Es sollen Aussagen zur Lage und Verbreitung, Tiefenlage, Mächtigkeit und anderen spezifischen Eigenschaften sowie eine Abschätzung der gewinnbaren Vorräte und Produktionsraten getroffen werden können.

Das Arbeitsprogramm zur Erkundung ist im Antrag unter Punkt 3.3 in Jahresabschnitten dargestellt.

Es enthält folgende Eckpunkte:

- Jahr 1: - Seismische Kartierung, detaillierte Modellierung von Struktur, Re-Prozessierung der 2D-Seismik,
- Jahr 2: - Akquisition von weiteren 2D / 3D Seismik-Daten,
 - Prozessieren der Seismik-Daten, Detaillierte Modellierung und Re-Prozessierung,
- Jahr 3: - Interpretation der prozessierten Seismik-Daten und Integration in das bestehende Struktur-, Geo- und Simulationsmodell,
 - Planung einer Aufsuchungsbohrung,
- Jahr 4: - Sicherung eines Bohrplatzes, Genehmigung einer Aufsuchungsbohrung, Bau eines Bohrplatzes,

- Jahr 5: - Abteufen einer Bohrung sowie einem Produktionstest der Lagerstätte, Beprobung des Lagerstättenwassers (sowie deren Analyse),
- Auswertung von Bohr- und Messdaten mit Reservoir-Charakterisierung des Rotliegend - Aquifers,
- Aktualisierung des geologischen Modells, Einpress- und Druckaufbauteste in den Aquiferen des Rotliegenden.

Die beteiligten Fachdezernate D 12 und D 23 des LAGB bestätigen in ihrer Stellungnahme, dass das vorgelegte Arbeitsprogramm sowie der beantragte Zeitraum ausreichend und plausibel sind um die Aufsuchung im Erlaubnisfeld durchzuführen.

Das Fachdezernat D 23 des LAGB teilt in der Stellungnahme mit, dass das Aufsuchungsgebiet in unmittelbarer Nähe zum Bewilligungsfeld „Jeetze-L“ liegt. Daher kann davon ausgegangen werden, dass sich der geologisch-lagerstättenkundliche Rahmen wie er im Bewilligungsfeld „Jeetze-L“ existiert in Richtung des Erlaubnisfeldes Milde C-L fortsetzt.

Die in § 11 Nr. 4 BBergG geforderte Verpflichtungserklärung ist durch die Vertretungsbefugten unter Punkt 2 des Antrages abgegeben wurden. Darin verpflichtet sich die Antragstellerin die Ergebnisse der Aufsuchung unverzüglich nach ihrem Abschluss der zuständigen Behörde auf Verlangen bekannt zu geben.

Das Prüfkriterium nach § 11 Nr. 5 BBergG kommt hier nicht zum Tragen, da die Erlaubnis zu gewerblichen Zwecken beantragt wurde.

Tatsachen nach § 11 Nr. 6 BBergG, die die Annahme rechtfertigen, dass die erforderliche Zuverlässigkeit nicht gegeben ist, sind nicht ersichtlich. Es liegen keine Anhaltspunkte für Zweifel an der Zuverlässigkeit der Antragstellerin sowie der vertretenden Personen der Antragstellerin vor.

Ein Auszug aus dem Handelsregister des Amtsgerichtes Hannover HRB 222111 lag dem LAGB zur Prüfung vor.

Gemäß § 11 Nr. 7 BBergG ist die Erlaubnis zu versagen, wenn der Behörde nicht glaubhaft dargelegt wird, dass die für das Vorhaben erforderlichen Mittel aufgebracht werden können.

Anhand der vorliegenden Unterlagen wurde dem LAGB glaubhaft dargelegt, dass die finanzielle Absicherung des geplanten Explorationsvorhabens gewährleistet ist.

Die Kosten für die Erkundungsarbeiten sind unter 3.4 im Antrag für die Jahre 1-5 aufgeschlüsselt. Die finanzielle Leistungsfähigkeit des Unternehmens wurde mit dem Geschäftsbericht unter Punkt 5 des Antrages und mit Vorlage vom 26.02.2024 eines vorläufigen Jahresabschlusses für 2023 mit Liquiditätsnachweis sowie einer Übersicht (Organigramm) zu den Gesellschaftern und Beteiligungen der Antragstellerin dargestellt. Es ist davon auszugehen, dass die finanziellen Mittel für

eine ordnungsgemäße Aufsuchung, Gewinnung und Aufbereitung von Bodenschätzen zur Verfügung stehen.

Eine Gefährdung einer sinnvollen und planmäßigen Aufsuchung und Gewinnung von bergfreien oder grundeigenen Bodenschätzen ist nicht ersichtlich (§ 11 Nr. 8 BBergG).

Die Antragstellerin ist im Bereich der Kohlenwasserstoffexploration und Förderung seit Jahrzehnten national und international erfolgreich tätig und verfügt über erfahrenes Fachpersonal, um alle Aspekte der geplanten Entwicklungstätigkeiten abzudecken.

Daher ist von der technischen Leistungsfähigkeit der Antragstellerin und einer sinnvollen und planmäßigen Aufsuchung im Erlaubnisfeld auszugehen.

Bodenschätze, deren Schutz im öffentlichen Interesse liegt, werden durch die Erteilung der Erlaubnis für das Feld „Milde C-L“ nicht beeinträchtigt (§ 11 Nr. 9 BBergG).

Grundsätzlich ergab das Beteiligungsverfahren nach § 15 BBergG keine Hinweise darauf, dass überwiegende öffentliche Interessen die Aufsuchung im gesamten zuzuteilenden Feld ausschließen (§ 11 Nr. 10 BBergG).

Seitens der Beteiligten wurde sich in den Stellungnahmen dahingehend geäußert, dass erst detaillierte Aussagen nach konkreter Angabe von Bohrpunkten getroffen werden können. Diese Bedenken sind jedoch bei der Erlaubniserteilung nicht zu berücksichtigen, da es für Erkundungsbohrungen bzw. Seismik eines Betriebsplanes bedarf und in diesem Verfahren eine weitere Beteiligung erfolgt. Die Aufsuchungsmaßnahmen gemäß dem eingereichten Arbeitsprogramm stellen in den ersten Erkundungsphasen mit der 2D-Seismik bzw. später mit der geplanten Aufsuchungsbohrung einen Eingriff in den Naturhaushalt dar. Es wurde in den Stellungnahmen darauf hingewiesen, dass dafür entsprechende Befreiungen und Genehmigungen einzuholen sind (siehe beiliegende Kopien der Stellungnahmen).

Die vorgebrachten Gesichtspunkte sind nicht Inhalt des Erlaubnisverfahrens, sondern kommen erst im Rahmen der Betriebsplanzulassungen oder in den nachfolgenden Verfahren zum Tragen. Die Abwägung des Vorbringens der Beteiligten ergab keine Gründe, wonach die Erlaubnis zu versagen wäre.

Seitens des LAGB sind demnach im gesamten zuzuteilenden Feld keine überwiegenden öffentlichen Interessen in diesem Sinne erkennbar.

zu 2.)

Nach § 7 Abs. 1 BBergG wird die Erlaubnis zur Aufsuchung für ein bestimmtes Feld gewährt. Dieses Erlaubnisfeld ist auf dem nach § 4 Abs. 7 BBergG beiliegenden Karte mit dicken Volllinien gekennzeichnet. Es ist im Gauß-Krüger Bessel Koordinatensystem im Lagestatus 110 dargestellt. Das Erlaubnisfeld liegt in den Landkreisen Altmarkkreis Salzwedel und Stendal. Das Feld hat eine Flächengröße von 648.798.000 m². Die Koordinaten der Feldeseckpunkte sind der beiliegenden

Karte zu entnehmen. Das Erlaubnisfeld ist mit den Feldeseckpunkten 1 bis 8 definiert, dabei verläuft die Verbindung zwischen den Feldeseckpunkten 8 und 1 entlang der Landesgrenze zwischen den Bundesländern Sachsen- Anhalt und Niedersachsen.

zu 3.)

Gemäß § 16 Abs. 4 BBergG ist die Erlaubnis auf höchstens 5 Jahre zu befristen. In der Antragstellung wird der benötigte Zeitraum von der Anfangsphase der Exploration bis zum Abschluss des Vorhabens mit 5 Jahren angegeben. Die Dauer der Erlaubnis wird antragsgemäß übernommen. Der Erlaubniszeitraum ist unter Beachtung des eingereichten Arbeitsprogrammes angemessen.

zu 4.)

Nach § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Sachsen – Anhalt (VwVfG LSA) i. V. m. § 36 Abs. 2 Nr. 4 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) steht es im Ermessen der Behörde, Auflagen zur Sicherstellung der gesetzlichen Voraussetzungen zu erteilen.

Es ist nach Abschluss der gesamten Aufsuchungsarbeiten ein Bericht über den Stand der Aufsuchungsarbeiten zu erstellen und dem LAGB vorzulegen.

Zu der Berichterstattung gehört auch die Vorlage von entsprechenden Karten und Ergebnisdarstellungen.

Diese Auflage ist nach § 40 VwVfG angemessen, geeignet und erforderlich, um sicherzustellen, dass die Aufsuchung planmäßig und im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen der erteilten Erlaubnis erfolgt. Den Hinweisen der beteiligten Behörden, regelmäßig über den Fortgang des Verfahrens informiert zu werden, kann damit gefolgt werden.

zu 5.)

Grundlage für die Kostenentscheidung ist § 5 BBergG i. V. m. §§ 1, 3, 5 und 10 Verwaltungskostengesetz des Landes Sachsen-Anhalt und der Allgemeinen Gebührenordnung des Landes Sachsen-Anhalt, lfd. Nr. 5 Ziffer 1.2.1. Danach ist derjenige kostenpflichtig, der Anlass zu der Amtshandlung gegeben hat. Da die Neptune Energy Deutschland GmbH den Antrag auf Erlaubnis gestellt hat, ist Sie auch kostenpflichtig.

Für diesen Bescheid ergeht ein gesonderter Kostenfestsetzungsbescheid mit eigener Rechtsbehelfsbelehrung.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Magdeburg in Magdeburg eingereicht werden.

Hinweise

1. Sollte es zu den seismischen Messungen oder Bohrungen kommen, bedarf es vor Beginn der Maßnahme eines Betriebsplanes nach § 51 Abs. 1 BBergG.
2. Es wird darauf hingewiesen, dass ggf. vorhandene Bohrkerne, geologische und seismische Daten nicht frei verfügbar sind.
3. Bei der Planung der Aufsuchungsarbeiten wird empfohlen den Hinweisen, Anregungen und Bedenken der im Verfahren Beteiligten Rechnung zu tragen (siehe beiliegende Kopien der Stellungnahmen).
4. Die gesetzlichen Regelungen des § 39 BBergG sind zu beachten. Folgende Bergbauberechtigungen befinden sich im Bereich des beantragten Erlaubnisfeldes:

Art der Berechtigung	Grundeigener Bodenschatz gem. § 3 Abs. 4 BBergG
Feldesname	Heiligenfelde
Nr. der Berechtigung	VI-f-888/99
Bodenschatz	Kiese- und Kiessande
Rechtsinhaber bzw. Rechtseigentümer	1.Coßbau Verwaltungs-GmbH Lokschuppen 1 29410 Salzwedel 2.Happy KSR GmbH Alandstraße 4a 39615 Seehausen OT Geestgottberg

Art der Berechtigung	Bewilligung gem. § 8 BBergG
Feldesname	Klein Hindenburg
Nr. der Berechtigung	II-B-f-230/92
Bodenschatz	Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen
Rechtsinhaber bzw. Rechtseigentümer	Hindenburg Sand und Kies GmbH Klein Hindenburg 4 39596 Hindenburg / Altmark

Art der Berechtigung	Aufrecht erhaltenes Bergwerkseigentum
Feldesname	Kläden
Nr. der Berechtigung	III-A-f-819/90/187
Bodenschatz	Quarz- und Spezialsande zur Herstellung von Kalksandsteinen, Gasbeton
Rechtsinhaber bzw. Rechtseigentümer	Erben des Dr. Jürgen Kohrs, Ruth Kohrs geborene Schlingmeier Ackerstraße 10 38179 Schwülper

	Aufrecht erhaltenes Bergwerkseigentum
--	--

Art der Berechtigung	
Feldesname	Rathsleben
Nr. der Berechtigung	III-A-f-821/90/910
Bodenschatz	Kiese und Kiessande zur Herstellung von Betonzuschlagstoffen
Rechtsinhaber bzw. Rechtseigentümer	BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH Schönhauser Allee 120 10437 Berlin

Sollten Aufsuchungsarbeiten innerhalb dieser Berechtigungen erfolgen (z.B. Bohrerkundungen) so sind diese Arbeiten rechtzeitig mit den Berechtigungsinhaber/Grundstücksinhaber einvernehmlich abzustimmen. Die Einigung mit den Berechtigungsinhabern ist im Betriebsplan für die Aufsuchung nachzuweisen.

5. Die Eintragungen zur Erlaubnis werden gemäß § 75 Abs. 4 BBergG im amtlichen Berechtsamsbuch und der Berechtsamskarte vorgenommen.

6. Die oberste Landesentwicklungsbehörde ist im Stadium der „Sicherung eines Bohrplatzes“ erneut zu beteiligen. In Abhängigkeit von der Lokalisierung der Bohrung und deren Spezifika ist dann durch sie zu entscheiden, ob eine Raumbedeutsamkeit im Sinne von § 13 Landesentwicklungsgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (LEntwG LSA) vorliegt resp. ob eine landesplanerische Abstimmung vorzunehmen ist. Die oberste Landesentwicklungsbehörde ist weiterhin für den Fall zu beteiligen, dass im Ergebnis der Aufsuchung ein Antrag auf Erteilung einer Bewilligung zur Gewinnung gemäß § 8 BBergG gestellt wird. Sollte dann eine Raumbedeutsamkeit festgestellt werden, prüft die oberste Landesentwicklungsbehörde gemäß § 13 Abs. 2 LEntwG LSA i. V. m. § 15 Raumordnungsgesetz (ROG) und § 1 Raumordnungsverordnung (RoV), ob zur landesplanerischen Abstimmung eines derartigen Vorhabens die Durchführung einer Raumverträglichkeitsprüfung geboten ist. Nach § 1 Nr. 16 der RoV erfolgt für bergbauliche Vorhaben, soweit sie der Planfeststellung nach § 52 Abs. 2a bis 2c des BBergG bedürfen, eine Raumverträglichkeitsprüfung auf der Grundlage eines Antrags des Vorhabenträgers nach § 15 Abs. 4 Satz 1 ROG oder auf Grundlage einer Entscheidung der für die Raumordnung zuständigen Landesbehörde nach § 15 Abs. 4 Satz 4 ROG, wenn sie im Einzelfall raumbedeutsam sind und überörtliche Bedeutung haben.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag




Rappsilber

Anlagen:

- Gesiegelte Karte des Erlaubnisfeldes